

**RECHTS – NEWS**

Ausgabe: gewerbliche Mandanten

Juli 2019

Am Münster 28  
37154 NortheimTelefon: 05551 / 97 60-0  
www.ksh-recht.de

dr-schreier@ksh-recht.de

herbote@ksh-recht.de

## Wettbewerbsrecht

### Anforderungen an einstweiligen Rechtsschutz bei Markenrechtsverletzung

Nach § 12 Abs. 2 UWG können zur Sicherung wettbewerbsrechtlicher Unterlassungsansprüche einstweilige Verfügungen auch ohne die Darlegung und Glaubhaftmachung der in der Zivilprozessordnung bezeichneten Voraussetzungen erlassen werden. Das Oberlandesgericht Nürnberg lehnt eine analoge Anwendung dieser Vorschrift auf einstweilige Verfügungsverfahren wegen Markenrechtsverletzung ab.

Der Verfügungskläger muss daher in diesen Fällen die objektiv begründete Besorgnis darlegen, dass durch eine Veränderung des bestehenden Zustands die Verwirklichung seines Rechts vereitelt oder wesentlich erschwert wird, sodass es aufgrund einer besonderen Dringlichkeit bis zur Entscheidung in der Hauptsache einer einstweiligen Sicherung seines Anspruchs bedarf. Bei der fortdauernden Verletzung von Schutzrechten ergibt sich die Dringlichkeit regelmäßig aus der Sache selbst. Ist jedoch die Verletzungshandlung eingestellt worden, obliegt es der Antragstellerpartei, Tatsachen dazu vorzutragen, inwieweit dennoch die Angelegenheit so dringlich ist, dass ihr nicht zugemutet werden kann, den Weg des Hauptsacheverfahrens einzuschlagen und in diesem auf den Erlass eines Vollstreckungstitels zu warten.

Beschluss des OLG Nürnberg vom 12.10.2018  
3 W 1932/18 - WRP 2019, 131

### Urheberrechtliches Zitatrecht bei umfangreichen schriftlichen Zitaten eines Vortrags

Das Oberlandesgericht Frankfurt sprach einem Zeitungsverlag das urheberrechtliche Zitatrecht zu, wenn er in seiner Berichterstattung über eine von einem Gastdozenten gehaltene frei zugängliche Vorlesung in mehreren Textblöcken umfangreiche Zitate aus dieser Rede veröffentlicht. Der Zitierende muss in derartigen Fällen eine innere Verbindung zwischen dem fremden Werk und den eigenen Gedanken herstellen und das Zitat als Belegstelle oder Erörterungsgrundlage für selbstständige Ausführungen des Zitierenden erscheinen lassen. Diese Voraussetzungen hielt das Gericht hier für erfüllt

und wies die Unterlassungsklage des Dozenten gegen den Verlag ab.

Urteil des OLG Frankfurt vom 18.04.2019  
11 U 107/18 - JURIS online

### Werbeverbot auf Friedhöfen ist streng einzuhalten

Auf den meisten Friedhöfen enthalten entsprechende Satzungen ein generelles Werbeverbot. Bei einem Verstoß kommt es nicht darauf an, wer die Werbebotschaft dort platziert hat.

Verkauft ein Friedhofsgärtner an seine Kunden Blumenvasen, die mit einem Werbeaufkleber versehen sind, besteht für das Oberlandesgericht Koblenz die Verpflichtung, die Kunden darauf hinzuweisen, dass die Vasen nicht auf Friedhöfen aufgestellt werden dürfen, in denen per Satzung das Verteilen und Aufstellen von Werbung verboten ist.

Beschluss des OLG Koblenz vom 28.01.2019  
9 W 648/18  
WRP 2019, 789

### Autohändler muss in Werbung auf Mietwageneigenschaft hinweisen

Ein Autohändler muss in einer Verkaufsanzeige eines Gebrauchtwagens darauf hinweisen, dass es sich um einen ehemaligen Mietwagen handelt. Nach Auffassung des Oberlandesgerichts Oldenburg ist die Mietwageneigenschaft eines Fahrzeugs eine wesentliche Information, die für die geschäftliche Entscheidung des Käufers ein erhebliches Gewicht hat. Es verurteilte das Autohaus, in Zukunft keine Anzeigen mehr ohne den Hinweis auf die Mietwageneigenschaft eines Fahrzeugs zu schalten.

Urteil des OLG Oldenburg vom 15.03.2019  
6 U 170/18  
Pressemitteilung des OLG Oldenburg

## Wirtschaftsrecht

---

### **Zustimmung der Gesellschafter bei Übertragung des ganzen Gesellschaftsvermögens**

Die Verpflichtung zur Übertragung des ganzen Gesellschaftsvermögens einer GmbH ist ein besonders bedeutsames Geschäft, zu dessen Vornahme der Geschäftsführer einen zustimmenden Beschluss der Gesellschafterversammlung herbeiführen muss, selbst wenn der Gesellschaftsvertrag einen entsprechenden Zustimmungsvorbehalt nicht enthält.

Missachtet der Geschäftsführer bei der Verpflichtung zur Übertragung des ganzen Gesellschaftsvermögens einer GmbH einen im Gesellschaftsvertrag geregelten oder aus der besonderen Bedeutsamkeit des Geschäfts abgeleiteten Zustimmungsvorbehalt der Gesellschafterversammlung, kann der Vertragspartner der GmbH wegen Missbrauchs der Vertretungsmacht aus dem Geschäft keine vertraglichen Rechte oder Einwendungen herleiten, wenn er das missbräuchliche Verhalten des Geschäftsführers kennt oder es sich ihm geradezu aufdrängen muss.

Urteil des BGH vom 08.01.2019  
II ZR 364/18  
DB 2019, 776

### **Nur ausnahmsweise gerichtliche Bestellung eines Liquidators**

Nach § 66 Abs. 1 GmbHG erfolgt in den Fällen der Auflösung einer Gesellschaft außer dem Fall des Insolvenzverfahrens die Liquidation durch den oder die Geschäftsführer, wenn nicht die Liquidation durch den Gesellschaftsvertrag oder durch Beschluss der Gesellschafter anderen Personen übertragen wird.

Für eine gerichtliche Bestellung eines Liquidators ist erst dann Raum, wenn eine ordentliche Liquidatorenbestimmung nicht gelingt und eine wirksame Bestellung durch die Gesellschafterversammlung auch nicht zu erwarten ist. Für das Oberlandesgericht Düsseldorf sind die Erfolgsaussichten eines ordentlichen Bestellungsverfahrens nicht bereits dann zu verneinen, wenn der benennungspflichtige Geschäftsführer lediglich vorbringt, er kenne keine zur Übernahme des Amtes des Liquidators bereite und geeignete neutrale Person, so-

fern er nicht zugleich darlegt, welche Maßnahmen er ergriffen hat, um eine solche zu finden.

Beschluss des OLG Düsseldorf vom 22.02.2019  
3 Wx 167/18  
ZIP 2019, 659

### **Fahrradvermieter darf Kunden nicht wegen Bagatellen von der Nutzung ausschließen**

Das Landgericht Leipzig hat dem Fahrradvermieter Nextbike die Verwendung von Vertragsklauseln untersagt, wonach Kunden wegen jeder "unsachgemäßen Nutzung" eines Mietfahrrads bzw. aus "begründetem Anlass" von der Nutzung ausgeschlossen werden können. Derartige Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen sind nicht klar und verständlich und daher wegen unangemessener Benachteiligung der Kunden unwirksam.

Urteil des LG Leipzig vom 19.02.2019  
08 O 2124/18  
Pressemitteilung des LG Leipzig

### **Unzulässige Gesellschafterklage**

Das Recht des einzelnen Gesellschafters, im Wege der Gesellschafterklage gegen einen Mitgesellschafter vorzugehen, ist beschränkt durch die Grundsätze der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht und kann sich unter diesem Blickwinkel als rechtsmissbräuchlich darstellen.

So hielt der Bundesgerichtshof die Klage eines Gesellschafters gegen einen anderen Gesellschafter auf Einzahlung seines Anteils an einer beschlossenen Kapitalerhöhung für unzulässig, da zugleich auch die Gesellschaft eine gleichgerichtete Klage eingereicht hatte, der auch vollumfänglich stattgegeben wurde. Für die Erhebung einer zusätzlichen Gesellschafterklage bestand somit kein Rechtsschutzbedürfnis.

Urteil des BGH vom 22.01.2019  
II ZR 143/17  
DB 2019, 1145

## Verkehrsrecht

---

### **Kein Parkausweis in Bewohnerparkzonen für Freiberufler und Gewerbetreibende**

Kommunen sind grundsätzlich berechtigt, Bewohnerparkzonen in städtischen Quartieren mit erheblichem Parkraumangel einzurichten. Bewohner in diesem Sinne sind nach einem Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen die Personen, die in dem in Betracht kommenden Gebiet tatsächlich wohnen. Personen und Unternehmen, die in dem Bereich einer beruflichen Tätigkeit nachgehen, fallen nach dem Willen des Gesetzgebers nicht unter diesen Kreis der Berechtigten. Insoweit hat auch eine ansässige Rechtsanwaltskanzlei keinen Anspruch auf Erteilung eines Bewohnerparkausweises.

Urteil des VG Aachen vom 19.02.2019  
2 K 1550/16 - JURIS online

### **Personenbeförderungsrechtliche Genehmigung bei Patiententransport**

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass die Beförderung von Patienten von ihrer Wohnung zu einer ambulanten Rehabilitationseinrichtung und zurück durch deren eigenen Fahrdienst nach dem Personenbeförderungsgesetz genehmigungspflichtig ist. Daran ändert auch nichts, dass das Gesamtentgelt für die Transporte die Betriebskosten der Fahrt nicht übersteigt. Ein ambulantes Gesundheitszentrum ist weder ein Krankenhaus noch eine Heilanstalt, für die die Freistellungs-

verordnung eine Befreiung von der Genehmigungspflicht vorsieht.

Urteil des BVerwG vom 08.05.2019  
10 C 1.19 - Pressemitteilung des BVerwG

## Onlinerecht

---

### **Wirksamer eBay-Sofortkauf trotz angeblicher Tastatursperre**

Ein eBay-Verkäufer und ein eBay-Nutzer stritten über das Zustandekommen eines sogenannten Sofortkaufs über einen Gebrauchtwagen. Der Teilnehmer machte geltend, der Button "kaufen" sei von ihm nicht aktiv gedrückt worden, sondern dieser sei aufgrund einer Fehlfunktion des Handys trotz Aktivierung der Sperrfunktion betätigt worden. Das Vorbringen erschien dem Amtsgericht Aschaffenburg wenig glaubhaft.

Beruft sich der Teilnehmer auf eine Fehlfunktion seines Handys dahingehend, dass die Tastatur trotz Drückens der entsprechenden Taste nicht gesperrt war, ist nicht nachvollziehbar, wie es nach dem Einloggen auf eBay noch zu der erforderlichen zweimaligen Bestätigung des Kaufs gekommen ist. Im Ergebnis wurde der eBay-Teilnehmer zu einer Schadensersatzzahlung verurteilt, da der Anbieter den Gebrauchtwagen später nur unter Marktwert verkaufen konnte.

Urteil des AG Aschaffenburg vom 17.04.2019  
130 C 60/17 - JurPC Web-Dok. 64/2019

### **EuGH zu Verbraucherrechten bei im Fernabsatz gekaufter mangelhafter Ware**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat sich mit der Frage befasst, wo der Verbraucher eine im Fernabsatz (Internet, Versandhandel) erworbene und seiner Meinung nach mangelhafte Ware (hier: ein Partyzelt) dem Verkäufer zur Herstellung des vertragsgemäßen Zustands bereitzustellen hat.

Nach geltendem Recht muss der Kunde die mangelhafte Ware unter Verauslagung der Versandkosten an den Lieferanten zurücksenden, sofern dies für ihn keine Belastung darstellt, die ihn von der Geltendmachung seiner Rechte abhalten könnte. Andererseits schuldet der Verkäufer die Herstellung des vertragsgemäßen Zustands der Ware am Ort des Käufers.

Der EuGH legt die einschlägigen EU-Richtlinien dahingehend aus, dass bei besonders schwerer, zerbrechlicher oder sperriger Ware oder bei ansonsten hohen Transportkosten sich der Kunde darauf beschränken darf, dem Verkäufer die Bereitstellung der Ware zur Nachbesserung oder Abholung mitzuteilen.

Es obliegt dann dem Verkäufer, dem Kunden den Ort zu benennen, an dem er ihm die Ware zur Herstellung des vertragsgemäßen Zustands bereitstellen muss. Leistet er binnen einer angemessenen Frist keine Abhilfe, kann der Käufer die Vertragsauflösung verlangen.

Urteil des EuGH vom 23.05.2019  
C-52/18  
BB 2019, 1281

### **Restguthaben muss ohne Rücksendung der SIM-Karte erstattet werden**

Mobilfunkanbieter dürfen die Erstattung eines Restguthabens nach Vertragsende nicht von der Rücksendung der SIM-Karte abhängig machen.

Das Landgericht Düsseldorf sah keinen sachlichen Grund dafür, warum Kunden erst die SIM-Karte zurückschicken müssen, bevor sie Erstattungsansprüche geltend machen können. Von einer gesperrten oder deaktivierten SIM-Karte geht keine konkrete Gefahr des Datenmissbrauchs aus. Auch die Behauptung des beklagten Unternehmens E-Plus, die unbrauchbaren SIM-Karten sollten dem Wertstoffkreislauf zugeführt werden, war nicht überzeugend. Im Übrigen hatte E-Plus nicht einmal dargelegt, dass es ein solches Recycling-Verfahren eingeführt hat.

Urteil des LG Düsseldorf vom 08.05.2019  
12 O 264/18  
JURIS online

## Steuerrecht

---

### **Umsatzsteuer auf Leistungen bei Bruchteilsgemeinschaft**

Der Bundesfinanzhof hat seine bisherige langjährige Rechtsprechung zur Unternehmereigenschaft von Bruchteilsgemeinschaften und deren Gemeinschaftern geändert.

Danach kann eine Bruchteilsgemeinschaft (hier Personengruppe, die sich für die Vermarktung einer Erfindung als gemeinschaftliche Lizenzgeber zusammenschlossen hat) nicht Unternehmer sein. Es liegen vielmehr zivil- und umsatzsteuerrechtlich durch die Gemeinschaftler als jeweilige Unternehmer anteilig erbrachte Leistungen vor, sodass der Vorsteuerabzug stets nur dem ein-

zelnen Gemeinschaftler entsprechend seiner Beteiligungsquote zusteht.

Urteil des BFH vom 22.11.2018  
V R 65/17  
NZM 2019, 184

### **Erbschaftsteuer auf Vermögen einer unselbstständigen Stiftung**

Eine vermögende Deutsche richtete zu Lebzeiten eine Stiftung in Liechtenstein ein. Nach ihrem Tod verlangte der deutsche Fiskus von ihrem Sohn als Alleinerben Erbschaftsteuer auf das Vermögen der Stiftung. Dieser

wandte ein, das Vermögen der selbstständigen Stiftung sei nicht ihm zuzurechnen.

Dem folgte der Bundesgerichtshof nicht. Entscheidend war, dass der Sohn auch die Herrschaftsbefugnisse über die Anlage des Stiftungskapitals geerbt hatte, sodass eine sogenannte unselbstständige Stiftung vorlag. Dies

hatte zur Folge, dass der Erbe als uneingeschränkt Verfügungsberechtigter zur Zahlung der Erbschaftsteuer herangezogen werden konnte.

Urteil des BFH vom 05.12.2018  
II R 9/15  
DStR 2019, 978

## Arbeitsrecht

---

### Betriebsratsbeteiligung an Disziplinalgesprächen

Nach einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts können die Befugnisse des Betriebsrats nicht wirksam durch eine Betriebsvereinbarung dahingehend erweitert werden, dass vor einem "Disziplinalgespräch" der Betriebsrat informiert wird und an der Unterredung teilnimmt. Eine derartige Betriebsvereinbarung beeinträchtigt in unzulässiger Weise die Freiheitsrechte des Arbeitnehmers und ist daher nach § 75 Abs. 2 BetrVG unwirksam.

Beschluss des BAG vom 11.12.2018  
1 ABR 12/17  
NZA 2019, 480

### Befristete Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis für Personaldienstleister wegen Rechtsverstößen

Hat ein Zeitarbeitsunternehmen über Jahre hinweg gegen die Befristungsvorschriften des Teilzeit- und Befristungsgesetzes (TzBfG) verstoßen, ist die Bundesagentur für Arbeit berechtigt, eine beantragte unbefristete Arbeitnehmerüberlassungserlaubnis zu verweigern und stattdessen diese nur befristet zu verlängern.

Urteil des LSG Hamburg vom 30.01.2019  
L 2 AL 18/18 - jurisPR-ArbR 20/2019 Anm. 5

### Ausschlussklausel: Keine schriftliche Geltendmachung vorgeschrieben

Eine arbeitsvertragliche Verfallklausel, nach der die beiderseitigen Ansprüche verfallen, wenn sie nicht innerhalb von drei Monaten nach Fälligkeit schriftlich erhoben werden, verstößt gegen § 309 Nr. 13b BGB, weil sie über die in der Vorschrift angeführte Textform hinaus-

geht. Eine solche Klausel ist daher wegen unangemessener Benachteiligung des Arbeitnehmers unwirksam.

Für die Textform genügt bereits eine lesbare Erklärung, in der die Person des Erklärenden genannt wird und die auf einem dauerhaften Datenträger abgegeben worden ist. Ausreichend ist danach auch eine Übermittlung per E-Mail oder Telefax. Demgegenüber muss bei der Schriftform nach § 126 Abs. 1 BGB die Urkunde von dem Aussteller eigenhändig durch Namensunterschrift unterzeichnet werden.

Hinweis: Gegen das Urteil wurde beim Landesarbeitsgericht Köln unter dem Aktenzeichen 3 Sa. 766/18 Berufung eingelegt.

Urteil des ArbG Köln vom 25.10.2018  
14 Ca 2289/18 - AE 2019, 49

### Überstundenzuschläge auch für Teilzeit-Arbeitnehmer

Nach einem Urteil des Bundesarbeitsgerichts haben auch Teilzeit-Arbeitnehmer Anspruch auf Zuschläge für geleistete Überstunden. Die Zuschläge sind für die Arbeitsstunden zu zahlen, die über die vertraglich geschuldete Arbeitszeit hinausgehen. Dies gilt auch dann, wenn in einem Tarifvertrag festgelegt ist, dass Zuschläge erst bei Überschreiten der Arbeitszeit einer Vollzeitkraft anfallen. Denn eine solche Regelung verstößt gegen § 4 Abs. 1 Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG). Gleiches gilt für entsprechende Einschränkungen durch den Arbeitsvertrag.

Urteil des BAG vom 19.12.2018  
10 AZR 231/18 - ArbuR 2019, 98

## Mietrecht

---

### Ausübung einer Verlängerungsoption bei Zwangsverwaltung des vermieteten Gewerbeobjekts

Eine Option zur Verlängerung eines Gewerbemietvertrags ist während der für das vermietete Grundstück im Rahmen der Zwangsvollstreckung angeordneten Zwangsverwaltung gegenüber dem Zwangsverwalter auszuüben. Nach Auffassung des Bundesgerichtshofs ist die Ausübung einer Verlängerungsoption nicht schriftformbedürftig i.S.d. § 550 Satz 1 BGB. Im konkreten Fall genügte daher auch die Erklärung mittels eines Computertextes.

Urteil des BGH vom 21.11.2018  
XII ZR 78/17 - WM 2019, 182

### Mietaufhebungsvertrag trotz bestehenden Untermietverhältnisses

Nach dem Grundsatz der Vertragsfreiheit können die Mietvertragsparteien unabhängig von der vereinbarten Mietzeit das Mietverhältnis jederzeit durch einen Aufhebungsvertrag vorzeitig beenden. Die Vereinbarung wird trotz eines bestehenden Untermietverhältnisses nicht wegen Sittenwidrigkeit unwirksam, wenn dem Hauptmieter ein Kündigungsrecht gegenüber dem Untermieter zusteht, mit dem er dessen Gebrauchsmöglichkeit zeitnah beenden kann.

Urteil des BGH vom 18.04.2018  
XII ZR 76/17 - ZMR 2019, 121

## Bankrecht

---

### **Keine Bankenhaftung bei Fehlbuchung**

Nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) haftet nach der einschlägigen EU-Richtlinie eine Empfängerbank nicht für eine Fehlleitung einer Überweisung, die darauf beruht, dass in dem Überweisungsauftrag die vom Überweisenden angegebene

IBAN nicht mit dem im Formular bezeichneten Empfänger übereinstimmt.

Urteil des EuGH vom 21.03.2019  
C-245/18 - WM 2019, 1006

Der Bundesgerichtshof hat die Streitfrage nun dahingehend entschieden, dass durch den Mieter an Gewerberäumen schuldhaft verursachte Schäden an der Sachsubstanz auch nach Beendigung des Mietverhältnisses vom Vermieter ersetzt verlangt werden können, ohne dass es einer vorherigen Fristsetzung bedarf.

Urteil des BGH vom 27.06.2018  
XII ZR 79/17 - NZM 2018, 717